



Fotos zum Konvent: Laurence Chaperon

Europa ist auch ein Werk Adenauers

Was muss die EU tun, um sich auf die bevorstehende Erweiterung richtig vorzubereiten? Wie kann erreicht werden, dass Europa in wichtigen außenpolitischen Fragen mit einer Stimme spricht? Wie kann sie demokratischer, transparenter und effizienter werden?

Diese Kernfragen des europäischen Verfassungsgebungsprozesses bildeten den Rahmen einer Großveran-

staltung, zu der die CDU Deutschlands nach Berlin eingeladen hatte. Wie ernst europäische Probleme genommen werden müssen, zeigte der starke Andrang von über 900 Besuchern. Die Ausführungen der Spitzenpolitiker aus Union und befreundeter europäischen Parteien machten deutlich, dass es noch erheblichen Einflusses auf den Verfassungsgebungsprozess bedarf,

Fortsetzung Seite 4

INHALT

LAURENZ MEYER:

Deutschland taumelt ins Finanzdesaster – Eichel soll neu rechnen!

SEITE 2

KOMMISSION SOZIALE SICHERHEIT

„Es wurde eisenhart gerechnet“

SEITE 9 – 10

Deutschland taumelt ins Finanzdesaster – Eichel soll neu rechnen!

Zu den Ergebnissen des Arbeitskreises Steuerschätzung erklärt Generalsekretär Laurenz Meyer:

Selbst Eichels deprimierende Zahlen sind schon jetzt reif für den Papierkorb: Die Steuerschätzer gehen von den schöngefärbten Wachstumsprognosen der Regierung aus. Aber selbst das magere Wachstum von 0,75 Prozent, auf das Rot-Grün hofft, kann Deutschland unter dieser Regierung nicht schaffen. Die Wissenschaftsinstitute sehen nur 0,5 Prozent, die OECD gar 0,3 Prozent, und die jüngsten Zahlen lassen noch Schlimmeres befürchten.

Die CDU fordert die Regierung auf, umgehend eine Steuerschätzung auf der Grundlage von realistischen Wachstumsprognosen zwischen 0 und 0,3 Prozent vorzulegen. Schönfärberei und Verschleiern hilft niemandem. Im Gegenteil: Ländern



und Kommunen, denen das Wasser finanziell ohnehin schon bis zum Hals steht, liefert der Finanzminister die falschen, weil zu optimistischen Daten. Sichere Planung wird für Städte und Gemeinden damit noch schwieriger, Planungssicherheit spielt für diese Regierung keine Rolle mehr.

Das Ziel, bis 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren, hat Schröders Truppe ebenso sang- und klanglos aufgegeben wie die Maastricht-Grenzen. Noch schlimmer: Auf's Neue zeichnet sich die Verfassungswidrigkeit des Bun-

deshaushalts ab, da die Neuverschuldung die Investitionen übersteigt. Hans Eichel, nach Selbsteinschätzung der „größte Sparminister aller Zeiten“, erweist sich als größter Schuldenmacher seit Hans Matthöfer.

Einzige Idee von Rot-Grün: Die Steuern sollen rauf, Bürger und Unternehmen sollen noch stärker für die verfehltete Politik bluten. Die Tabaksteuer wird erhöht, Frau Simonis will jetzt auch die Mehrwertsteuer erhöhen. Damit wird den Märkten immer mehr Geld entzogen, die Konjunktur weiter abgewürgt. Weil Rot-Grün keinen Mut und keine Kraft zu Reformen hat, rutscht Deutschland immer weiter in den Teufelskreis aus Verschuldung und Arbeitslosigkeit. Unser Land hat Besseres verdient als die rot-grüne Regierung, unter deren von Monat zu Monat schlimmer wird.

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelthöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0, Telefax 02226-802-111333, Vertrieb: Tel. 02226-802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

NEUE ZEITUNG NEWS

FÜR DEUTSCHLAND

MORGENPOST

Die Hiobsbotschaft der aktuellen Steuerschätzung war keine Überraschung. Das Wachstum sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, ein Aufschwung ist nicht in Sicht. Dass damit Steuereinnahmen fehlen und Löcher in die Sozialkassen gerissen werden, liegt auf der Hand. Überraschend war allein die Hartnäckigkeit, mit der sich Eichel weigerte, das zur Kenntnis zu nehmen. Sein Haushalt für 2003 hatte so viel mit Wahrheit und Klarheit zu tun wie das Hütchenspiel mit einem seriösen Geschäft. Es ist schon auffallend, mit welcher Regelmäßigkeit Konjunkturprognosen und Steuererwartungen zu hoch ausfielen. Eichel hat damit seinen Ruf lädiert.

Lübecker Nachrichten

Schnee von gestern

Allerdings sind auch diese Zahlen – kaum dass sie verkündet wurden – eigentlich schon Schnee von gestern. Sie unterstellen für 2003 das regierungsoffizielle Wirtschaftswachstum von 0,75 Prozent. Die Vorgabe aber gehört spätestens mit den Da-

ten für das erste Quartal ins Reich der Illusion. Ein nationaler Kraftakt sei vonnöten, damit er im kommenden Jahr wieder fröhlichere Botschaften unters Volk streuen kann. Dass Eichel dies gelingt, kann getrost in Zweifel gezogen werden. Schon allein aus diesem Grund: Inzwischen ist es recht fraglich, ob er den Bundesrat 2004 noch wird zu verantworten haben.

Neues Deutschland

Das Land wird tot gesparrt

Deutschland ist pleite. Ob es nun 126 Milliarden Euro sind, die Hans Eichel und seinen Länderkollegen in der Kasse fehlen oder „nur“ 100 Milliarden. Deutschland muss seinen Subventionsdschungel durchforsten, seine Steuergesetze vereinfachen.

Rhein-Neckar-Zeitung

Finanzminister Eichel hat sicherlich recht: Nun muss alles auf den Prüfstand. Vor allem aber die Politik der Bundesregierung. Denn man kann das Land auch psychologisch zu Tode sparen. Wer nur noch

mit dem Rotstift regiert, der wird die herrschende Unsicherheit noch verstärken und das Konsumklima weiter beeinträchtigen. Das ist das Hauptproblem: Von dieser Regierung geht keine Botschaft der Hoffnung aus. Zur Regentschaft des Rotstifts gehört eine Psychologie des Aufschwungs, denn der Staat kann sich nur dann aus der Defizit-Falle befreien, wenn wieder Wachstum erzeugt wird, wenn die Menschen mit dem Angst-Sparen aufhören können, die Pleitenwelle im Mittelstand beendet wird und wieder Arbeitsplätze entstehen.

Deister- und
Weserzeitung

Fatale Fehler

Der Minister trägt die zentrale Verantwortung. Von seinen rosaroten Grundannahmen wollte er viel zu lange nicht runter, Lasten hat er auf die Länder verschoben und darüber hinaus fatale handwerkliche Fehler gemacht. Bleibt die Frage, wann folgt der letzte Höhepunkt, wann geht Eichel?

Lausitzer Rundschau

Fortsetzung von Seite 1

damit am Ende von einem „Europa der Bürger“ gesprochen werden kann. Dass dies das vorrangige Ziel der Arbeit des europäischen



Verfassungskonvents sein muss, machte die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, in ihrer Rede deutlich. Damit dieses hochgesteckte Ziel erreicht werde, müsse den Menschen allerdings klar sein, wofür „dieses Europa verantwortlich ist.“

Angela Merkel

Konkret sprach sich die Partei- und Fraktionsvorsitzende für eine eindeutige Zuordnung der Zuständigkeiten zwischen europäischer, nationalstaatlicher und kommunaler Ebene aus. Allen Bestrebungen für eine „organisatorische Verantwortungslosigkeit“ müsse entschieden entgegengetreten werden. Jetzt sei es er-

forderlich, die Verantwortlichkeiten der Europäischen Union festzulegen, bevor Personal- und Strukturfragen geklärt würden. Als Beispiel nannte Merkel den Vorschlag für die Schaffung des Amtes eines Präsidenten des Europäischen Rates. Hier werde bereits über die Struktur beraten ohne zu klären, welche Zuständigkeiten der Präsident überhaupt erhalten soll.

Ausdrücklich begrüßte Angela Merkel die Vorschläge von Konventspräsident Valéry Giscard d'Estaing zur Außen- und Sicherheitspolitik. Wenn die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik funktionieren solle, müssten jedoch bestimmte Spielregeln beachtet werden. Als Konsequenz aus der gespaltenen Haltung Europas in der Irak-Krise forderte Angela Merkel die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, sich in außen- und sicherheitspolitischen Fragen zuerst in den europäischen Gremien auf eine gemeinsame außenpolitische Position zu einigen. Erst wenn das nicht gelinge, sollten nationale Positionen entwickelt werden können. Keinesfalls dürften Diktatoren den Eindruck gewinnen, sie könnten die EU für sich instrumentalisieren.

Weiter machte die CDU-Vorsitzende deutlich, jeder

Versuch, Europa gegen die USA zu errichten, sei zum Scheitern verurteilt. Der Riss würde immer auch durch Europa gehen. Zwar gebe es beim Stahlhandel oder beim Klimaschutz Interessenkonflikte mit den USA. Die Frage sei aber, ob man diese Gegensätze auf einer vertrauensvollen Grundlage austrage oder in Form „diplomatischer Grabenkriege“. Nur mit einem „ökonomisch, militärisch und intellektuell starken Europa“ werde es gelingen, „Demokratie und Freiheit“ weltweit durchzusetzen.

Hans-Gert Pöttering

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, dankte in seiner Rede Angela Merkel für ihre europapolitische Engagement und die gute Zusammenarbeit mit der EVP-ED-Fraktion.

Er stellte fest, dass die CDU nicht nur die Partei der deutschen Einheit, sondern auch die Partei der europäischen Einigung sei. „Diese europäische Einigung – und das war immer eine Stärke der CDU – ist geprägt von Beharrlichkeit, Zuverlässigkeit und Vertrauen.“ Er

selbst sehe es immer noch als ein unfassbares Ereignis, dass im nächsten Jahr osteuropäische Länder Mitglieder der europäischen Union werden. „Es war eine Vision. Und diese Vision ist in diesen Tagen Wirklichkeit geworden.“ Zum Prozess der Entwicklung einer EU-Verfassung sagte Hans-Gert Pöttering, dass auch diese neue, offene Diskussionsform auf die Initiative der EVP-ED-Fraktion zu-



rückginge. Er betonte die Notwendigkeit einer demokratischen, handlungsfähigen und transparenten Verfassung, in der die Gemeinschaftsmethode im Mittelpunkt stehe. In der Vergangenheit hätten die europäischen Nationen ihre Konflikte mit Gewalt ausgetragen. Die verfassungsrechtliche europäische Einigung dagegen habe eine friedliche Ordnung in Europa geschaffen. „Recht sichert Frieden“, so Hans-Gert Pöttering.

Wolfgang Schüssel

Als besonderer Gast folgte der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel der Einladung nach Berlin. Er wies darauf hin, dass die Europäische Union ein „Projekt, ein Prozess“ sei.

Dabei müsse sich die europäische Einigung von unten nach oben vollziehen. Voraussetzung dafür seien nicht nur Phantasie und Flexibilität, sondern vor allem auch Innovationskraft. Ein Beispiel für diese pragmatische Vorgehensweise sei der EU-Konvent selbst. In diesem Zusammenhang würdigte Wolfgang Schüssel die Einbeziehung einer verbindlichen Grundrechtecharta in den Verfassungsvertrag und die Einführung einer einheitlichen europäischen Außenvertretung mit einem eigenen Apparat. Auch die Festschreibung qualifizierter Mehrheiten als Grundprinzip hob Schüssel positiv hervor. Diese Mehrheitsabstimmungen im Europäischen Rat sollen nach dem Willen Schüssels nicht zuletzt bei Steuern, Finanzen und in der Außenpolitik Anwendung finden.

Der österreichische Bundeskanzler bezweifelte den Sinn eines neuen amtierenden



den Ratspräsidenten. Nach dem Vorentwurf soll er neben dem Kommissionspräsidenten – dem eigentlichen Chef der EU-Verwaltung – stehen und die Mitgliedstaaten repräsentieren. Wolfgang Schüssel, der auch Vorsitzender der mit der CDU befreundeten Österreichischen Volkspartei (ÖVP) ist, bezweifelte, ob eine solche «Doppelgleisigkeit» noch zeitgemäß sei.

Philippe Douste-Blazy

„Europa braucht die deutsch-französischen Beziehungen als treibende Kraft“, betonte der französische Generalsekretär der Union pour un Mouvement Populaire, Philippe Douste-Blazy, in seinem Grußwort. Die Beitritte der zehn osteuropäischen Länder im kommenden Jahr bezeichnete er als „Schlusspunkt eines langen Erfolgsprozesses“. Es sei nun erforderlich, dass CDU und UMP die vordring-

liche Aufgabe – das Voranbringen einer neuen EU-Verfassung – gemeinsam angingen, damit niemand mehr vom alten oder neuen Europa spreche, sondern von dem großen Europa, auf das alle Europäer stolz sein könnten.

Elmar Brok

Elmar Brok, der Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik im Europäischen Parlament und Vorsitzender der EVP-ED-Gruppe im EU-Verfassungskonvent, betonte in seiner Rede die Tatsache, dass die Verknüpfung der europäischen Interessen nach dem Zweiten Weltkrieg dazu führte, weitere innereuropäische Kriege zu verhindern.

In der Erweiterung der Europäischen Union sieht Elmar Brok die erfolgreiche Fortführung der Politik Konrad Adenauers. Als Inhalte für die im EU-Verfassungskonvent auszuarbeitende Verfassung fordert Elmar Brok: Mehr Transparenz, mehr Demokratie, mehr Mitentscheidungsverfahren des Parlaments, eine Stärkung der Kommission, einen klaren Ausgleich zwischen den kleinen und großen Mitglied-



staaten, die Grundrechtscharta als wesentlicher Bestandteil sowie die Betonung der religiösen Werte als Grundlage der Verfassung.

Erwin Teufel

Der baden-württembergische Ministerpräsident, Erwin Teufel, hat sich klar für ein „starkes Europa“ ausgesprochen. Gerade im Bereich der Außenpolitik zeige sich, dass kein Land mehr allein die Sicherheit seiner Bürger gewährleisten könne.

Dessen ungeachtet liege die Zustimmungquote der Deutschen zu Europa nur noch zwischen 40 und 50 Prozent, sagte Erwin Teufel, der den Bundesrat im europäischen Konvent vertritt. Er beklagte, dass die EU bisher immer mehr Kompetenzen nach dem Motto «Wir nehmen, was wir bekommen» für sich in Anspruch genommen habe. Viele Menschen würden die EU nur noch als „zentralistisch, bürokratisch und

überreguliert“ wahrnehmen. Um diese Eindruck hätten sich CDU und CSU auf drei Arten von Unionszuständigkeiten geeinigt: Bei den „ausschließlichen Zuständigkeiten“ der Europäischen Union handle es sich beispielsweise um die Zollunion; mit dem Mitgliedstaaten „geteilte oder gemischte Zuständigkeiten“ betreffen vor allem die Agrarpolitik. Außerdem soll es „ergänzende oder unterstützende Maßnahmen“



der EU im Bereich mitgliedstaatlicher Zuständigkeiten geben.

Weiter stellte der baden-württembergische Ministerpräsident ein so genanntes „Frühwarnsystem“ im europäischen Gesetzgebungsverfahren vor, das Bestandteil eines neuen Subsidiaritätsprotokolls sein soll. Mit ihm werden die nationalen Parlamente, also Bundestag und Bundesrat, begrenzt in die Vorbereitung europäischer Gesetze eingeschaltet. So soll die EU-Kommission ver-

pflichtet werden, ihre Gesetzentwürfe unter den Gesichtspunkten Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit zu begründen. Ergänzt wird dieses Frühwarnsystem durch ein neues Klagerecht der Länder und Regionen beim Europäischen Gerichtshof wegen eines Verstoßes gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Peter Hintze

Der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze, hieß in seiner Rede die baldigen Mitglieder der Europäischen Union herzlich willkommen und betonte, dass die EU durch sie politisch stärker und kulturell reicher werde. Die CDU Deutschlands, so Peter Hintze, zeige sich – anknüpfend an ihr politisches Erbe von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl – als Mitgestalter dieses spannenden Prozesses, während die Bundesregierung ihn bremse.

Peter Hintze schloss sich der Forderung Erwin Teufels nach einer klaren Kompetenzabgrenzung an. Auch dies sei als drängendes Anliegen der CDU erst durch die christdemokratischen Mitglieder im EU-Verfassungskonvent zur Sprache gekommen. Gemäß dem Subsidiari-

tätsprinzip, das als Richtschnur gelten solle, eröffne sich für die Bürger ein größeres Mitspracherecht. „Die Bürger sollen mitentscheiden, wer in Europa das Sagen hat“, sagte Peter Hintze. Außerdem betonte er, dass die EU eine Wertegemeinschaft sei und forderte einen in der Verfassung enthaltenen deutlichen religiösen Bezug, wie er im Grundgesetz stehe, dass die politisch Verantwortlichen auch vor Gott verantwortlich seien.

Peter Altmaier

Peter Altmaier, der stellvertretendes Mitglied im EU-Verfassungskonvent für den Deutschen Bundestag ist, forderte in seiner Rede, dass sich Europa auf europäische Fragen und die Nationalstaaten auf nationalstaatliche Fragen konzentrieren sollten. Eine neue Verfassung für Europa sei deshalb notwendig, weil sich Europa in den nächsten Jahren substantiell verändern werde. Peter Altmaier zog Bilanz über die letzten 50 Jahre Europapolitik und stellte fest, dass CDU und CSU bei allen Schritten zur europäischen Einigung – Montanunion, EWG, europäischer Binnenmarkt oder Einführung des Euro – immer Motor des Pro-



zesses waren. „Die Union war und ist die Europapartei in Deutschland“, so Peter Altmaier. Und so sei es auch nicht verwunderlich, dass sich in den Überlegungen der jetzigen Verfassungsdebatte „nur 10% Fischer, aber 70% Schäuble“ wieder fänden. Peter Altmaier stellte fest, dass in den letzten eineinhalb Jahren EU-Verfassungskonvent mehr Fortschritte erzielt worden seien, als bei allen Regierungskonferenzen der letzten 10 Jahre.

Wolfgang Schäuble

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, hat die Europäer aufgefordert, ihre „Hausaufgaben“ zu machen, wenn sie künftig in der EU „handlungsfähig“ und im Rahmen der atlantischen Partnerschaft „lebensfähig“ bleiben wollen.

Ohne eine höhere Prioritätensetzung zu Gunsten ei-

ner gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werde dies nicht gelingen, betonte Wolfgang Schäuble. Neben vermehrten Verteidigungsausgaben müsse ein starkes „Gemeinschaftsgefühl“ der Europäer treten, ein Bewusstsein, dass die europäische Einigung nicht nur „unsere Zukunft, sondern unser Schicksal ist“. Um die europäische Identität zu fördern, sprach sich der Außenexperte für einen Fremdsprachenunterricht schon im Vorschulalter aus und für einen Geschichtsunterricht aus europäischer Perspektive.

Der Fraktionsvize sagte weiter, Deutschland habe es



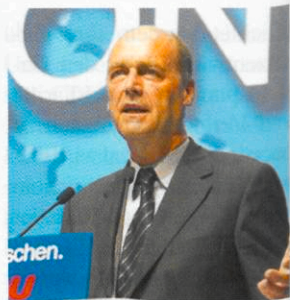
sich vor der Erlangung der vollen Souveränität 1990 unter dem Schutzschirm der NATO viele Jahre lang „bequem“ gemacht. Das Ergebnis sei heute zu besichtigen. So sei in Vergessenheit geraten, dass Europa neben der wirtschaftlichen Einigung vor allem der Versuch war, „Frieden und Freiheit

nach innen zu bewahren und nach außen zu sichern“. Dieser Aufgabe werde auch heute kein europäischer Staat allein gerecht, versicherte Wolfgang Schäuble. Nach wie vor würden europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft im deutschen Interesse liegen. Dies den Menschen zu vermitteln, sei eine der wichtigsten Führungsaufgaben heutiger Politik. Wer zudem versuche, Europa gegen die USA auszuspielen, werde nur eines erreichen: die Spaltung Europas

Laurenz Meyer

In seinem Schlusswort dankte der Generalsekretär der CDU Deutschlands den Referentinnen und Referenten und insbesondere auch den ausländischen Gästen für ihre Diskussionsbeiträge.

In der jetzigen Schlussphase der EU-Verfassungsdiskussion habe die Union ihren Beitrag geleistet und sich wieder einmal als die Europapartei Deutschlands gezeigt. „Sie war und sie bleibt es auch in Zukunft“, sagte Laurenz Meyer. Er fasste zudem die Diskussionsbeiträge dahingehend zusammen, dass die Union eine klare Kompetenzabgrenzung fordere, Europa als



eine Wertegemeinschaft bezeichne sowie klare Grenzen, stärkere Demokratisierung und eine strategische Zusammenarbeit mit den Nicht-Mitgliedern fordere. Außerdem spreche sich die Union für mehr Effizienz und eine Ausgewogenheit bei der Berücksichtigung der Interessen der kleinen und großen Mitgliedstaaten aus.

Laurenz Meyer betonte in diesem Zusammenhang, dass die Europäische Union nicht als Gegenpol zu den USA zu verstehen sei und er forderte dazu auf, in den nächsten Monaten den Prozess der EU-Erweiterung zu unterstützen und in den nächsten Jahren den Verfassungsvertrag zu nutzen, um das erweiterte Europa politisch und wirtschaftlich voranzubringen.

„Die CDU ist die gestaltende Kraft. Das ist, was Deutschland und Europa brauchen“, zog der Generalsekretär der CDU Deutschlands Bilanz.

„Es wurde **eisenhart** gerechnet“

Mit einem Beschluss zur Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung hat die Kommission „Soziale Sicherheit“ unter Leitung von Altbundespräsident Roman Herzog den ersten Block ihrer Arbeit zur Reform der sozialen Sicherungssysteme abgeschlossen.

Bei der Vorstellung des Beschlusses erläuterte Roman Herzog den Grundgedanken der Kommissionsarbeit. Man habe zuerst nach Einsparpotentialen gesucht, da man überzeugt gewesen sei, dass „aus guten Zeiten“ auch in knappen Haushalten noch „Luft im Übermaß“ vorhanden sei. Der ehemalige Bundespräsident und Präsident des Bundesverfassungsgerichts betonte, an das Arbeitslosengeld dürfe nur dann herangegangen werden, wenn alle anderen Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft seien. Grundsätzlich gelte es, eher bei Fragwürdigem zu sparen als beim Arbeitslosengeld, betonte Roman Herzog.

Aus diesem Grund schlage die Kommission in einem ersten Schritt vor, versicherungsfremde Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung herauszulösen. Unter



„versicherungsfremden Leistungen“ verstehe die Kommission Leistungen, die mit der Grundidee der Arbeitslosenversicherung, bei Verlust des Arbeitsplatzes ein Einkommen zu sichern, nichts zu tun hätten, führte der Kommissionsvorsitzende aus.

Aus diesem Grund müsse bei zahlreichen Fördermaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit ein großer Schnitt gemacht werden. Als „versicherungsfremd“ sieht die Kommission zum Beispiel das „Jump“-Programm für jugendliche Arbeitslose sowie die Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (ABM/ SAM), die allerdings zunächst nur im Westen wegfallen sollen. In Ostdeutschland sollen ABM und SAM dagegen schrittweise gekürzt werden, kün-

digte Roman Herzog an. Behutsam müssten Einsparungen bei beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen, Mobilitätshilfen und Eingliederungszuschüssen vorgenommen werden. „Wenn Jugendliche weitergebildet werden und danach wieder arbeitslos sind, dann ist irgendetwas falsch“, sagte Roman Herzog.

Des Weiteren lehnt die Kommission ab, die im Rahmen der Hartz-Gesetze einzurichtenden Personal-Service-Agenturen aus dem Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit zu finanzieren. Allein dieser Posten beläuft sich Herzog zufolge auf 600 Millionen Euro. Weitere 700 Millionen Euro ließen sich durch die Streichung der Vorruhestandsregelungen wie Altersteilzeit sparen, wo

die Arbeitsämter den Arbeitgebern die Aufstockung der Teilzeitgehälter von über 55-Jährigen erstatten.

Roman Herzog rechnete vor, dass durch die Streichung in ihrer Wirkung zweifelhafter Maßnahmen schon im Jahr 2004 rund 10 Milliarden Euro in dieser Versicherung eingespart werden könnten.

Beim eigentlichen Arbeitslosengeld sieht die Kommission ein Einsparpotential von zwei Milliarden Euro. Sie sollen durch eine verkürzte Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes auf in der Regel zwölf Monate beziehungsweise 18 Monate bei längeren Beitragszeiten erreicht werden. Außerdem sollen Arbeitslose, die lange Jahre Versicherungsbeiträge gezahlt haben, in einem Übergangszeitraum bei 40 Beitragsjahren 24 Monate lang Arbeitslosengeld erhalten können. Ferner ist geplant, im ersten Monat der Arbeitslosigkeit die Unterstützungsleistung um 25 Prozent zu senken, wobei das Niveau der Sozialhilfe nicht unterschritten werden soll.

Mit diesen zusätzlichen Einsparpotentialen beim Arbeitslosengeld könnten 2004 insgesamt zwölf Mrd. Euro eingespart werden, was eine Senkung der Beiträge von 6,5 auf 5 Prozent ermögliche.

Die bisherige Arbeit der Kommission habe eines deutlich vor Augen geführt, sagte der Kommissionsvorsitzende: „Es führt kein Weg an einem eisernen Sparkurs vorbei, um die Sozialsysteme in Deutschland zukunftssicher zu machen.“ Einer Finanzierung der Sozialsysteme durch Steuern – wie von Rot-Grün jetzt auch für die Krankenversicherung mit der Erhöhung der Tabaksteuer vorgeschlagen – erteilte Roman Herzog eine Absage.

Als weitere „Stellschrauben“ zur sozialen Sicherung nannte Roman Herzog die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit. Die Praxis, dass gegenwärtig das Renteneintrittsalter bei unter 60 Jahren liege, müsse beseitigt werden. Das Potenzial an Erwerbspersonen müsse wesentlich effizienter eingesetzt werden. Das bedeute, dass Ausbildungszeiten verkürzt werden müssten und das tatsächliche Renteneintrittsalter dem gesetzlichen angenähert werden müsse. Zudem müssten ältere Arbeitnehmer wieder die Chance bekommen zu arbeiten. Mit der gängigen Frühverrentungspraxis müsse gebrochen werden und die Arbeitswelt durch eine „völlig veränderte betriebliche Personalpolitik“

altersadäquat ausgestaltet werden, ist Roman Herzog überzeugt. Eine erhöhte Zuwanderung werde die Probleme nicht lösen können. Außerdem gelte es, das Leistungsniveau der sozialen Sicherungssysteme der Leistungsfähigkeit der Beitragszahler anzupassen. „Die Folgen der Demografie haben ihren Preis, und es gibt keinen Weg, diesen Preis nicht zahlen zu müssen.“ Wer den Bürgern verspreche, dass Leistungsabsenkungen, kapitalgedeckte Ergänzungen der Solidarsysteme und Eigenbeteiligungen bei bestimmten Leistungen nicht nötig seien, „der ist entweder dumm, oder er spricht bewusst die Unwahrheit“, sagte der Kommissionsvorsitzende.

Der Beschluss „Reform der Arbeitslosenversicherung“ ist einstimmig angenommen worden. Als nächstes stehe nun bis zur Sommerpause die Krankenversicherung auf dem Programm. Da-nach komme dann mit der Rentenversicherung „der eigentliche Brocken“, kündigte Roman Herzog an. Die am 3. Februar vom Bundesvorstand der CDU Deutschlands eingesetzte Kommission will bis Herbst diesen Jahres ihren Gesamtbericht vorlegen.

HANS-GERT PÖTTERING:

Europäische Außenpolitik zukünftig **gemeinsam** definieren

Der „brutale“ Terroranschlag in Riad habe erneut deutlich gemacht, dass der Kampf gegen den Terrorismus entschlossen weitergeführt werden müsse, hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, in einer Debatte des Parlaments mit der griechischen Ratspräsidentschaft über den Irak erklärt. Pöttering wies in diesem Zusammenhang auch auf Tschetschenien und die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung des Konfliktes hin.

Pöttering forderte die Europäer auf, jetzt die notwendigen Lehren aus dem Irakkrieg für die Zukunft zu ziehen. „Die wichtigste Lehre muss sein, dass Mitgliedstaaten in grundlegenden Fragen europäischer Außenpolitik keine nationalen Positionen festlegen, sondern immer im Rahmen der Europäischen Union gemeinsame Positionen erarbeiten. Wenn dieses wichtige Gebot nicht beachtet würde, ist die Europäische Union zu außenpolitischer Handlungsunfähigkeit ver-



urteilt“, erklärte Pöttering. Dies müsse auch für die beiden europäischen Mitglieder im Weltsicherheitsrat gelten.

Nachdrücklich warnte Pöttering diejenigen, die das Verhältnis zwischen Europäischer Union und den USA als gegensätzlich definieren. Dies würde notwendigerweise zu einer Spaltung Europas führen. Vielmehr müssten die Beziehungen mit den USA als gleichberechtigte Partnerschaft verstanden und auf dieser Grundlage weiter ausgebaut werden. Die Europäische Union dürfe sich auch nicht durch die Begriffe „neues“ und „altes“ Europa teilen lassen. „Es liegt ausschließlich an uns Europäern, gemeinsam zu handeln und geschlossen aufzutreten“, erklärte Pöttering.

Im Hinblick auf den Wiederaufbau im Irak sagte Pöttering, es sei zur Zeit noch schwierig, die Rolle der Vereinten Nationen, der NATO, der USA und Europas zu definieren. Wichtig sei es jedoch, dass die Europäer gemeinsam handeln und ihren Beitrag zum Aufbau einer zivilen Polizei, der Wasserversorgung und des Gesundheitssystems im Irak leisteten. Entscheidend für den Wiederaufbau der zivilen Ordnung sei es, einen „clash“ der verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen im Irak zu vermeiden.

Zwei Fragen bleiben auch nach dem Krieg noch offen. Zum einen seien bisher keine Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden worden. Da dies die Grundlage des Krieges gewesen sei, stelle sich hier auch ein Problem für die Glaubwürdigkeit der Politik. Zum anderen müsse jetzt die Chance für eine dauerhafte Friedenslösung zwischen Israel und Palästina ergriffen werden. Die Europäer seien aufgerufen, hierzu ihren Beitrag zu leisten.

CDU ist **Motor** der Veränderungen

Die Bremer CDU geht voller Zuversicht auf die Zielgerade im Bürgerstwahlkampf. Gemeinsam mit der Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Angela Merkel, warben Spitzenkandidat Hartmut Perschau und der Landesvorsitzende, Bernd Neumann, beim offiziellen Wahlkampfauftakt um die Fortsetzung der erfolgreichen Großen Koalition.

In ihren Reden bei den Wahlkampfauftritten in Bremen und Bremerhaven vor mehr als 500 Zuschauern wies Angela Merkel unmissverständlich darauf hin, dass das Regieren mit der SPD in Bremen zwar ganz „harmonisch“ sei, dass aber immer wieder herausgestellt werden müsse, dass die CDU der „Motor“ der positiven Veränderungen in diesem Bundesland sei. Dies könne im Wahlkampf ruhig noch klarer hervorgehoben werden. Angela Merkel warnte davor, die FDP mit Leihstimmen zu unterstützen. Die CDU habe „keine einzige Stimme zu verschenken.“

Der Spitzenkandidat, Finanzsenator Hartmut Perschau, und der CDU-Landesvorsitzende Bernd Neumann betonten angesichts steigender Umfragewerte für die



Hartmut Perschau und Angela Merkel sind zufrieden mit dem Wahlkampf

CDU, dass man die Koalition in Bremen fortführen wolle. Man kämpfe zwar „um den Sieg und nicht um Platz 2“, jedoch könne die Zusage zur Koalition nicht davon abhängen, ob einer der Partner letztlich ein oder zwei Prozent vor dem anderen liege, sagte Bernd Neumann und versicherte: „Auf uns ist Verlass!“ Beide CDU-Politiker stellten fest, dass es keine vernünftige Alternative gäbe, da die FDP zu schwach sei. Hartmut Perschau warnte, wer in dieser Situation FDP wähle, der schwäche die CDU – und damit den Einfluss des bürgerlichen Lagers auf die Politik des Landes. In diesem Zusammenhang hob er das Verdienst der CDU hervor, durch das Bremen bundesweit in Spitzenpositionen beim Innovationstempo, beim Wirtschaftswachstum

und beim Sparen sei. Bei einer Regierungsbeteiligung der Grünen seien dagegen wichtige Projekte, wie die Vertiefung der Außenweser und der Ausbau des Containerterminals in Gefahr.

Angela Merkel übte deutliche Kritik an der Bundesregierung. Bundeskanzler Schröder sei unzuverlässig und habe für ein „Durcheinander“ in Deutschland gesorgt. „Das Allerschlimmste ist, dass man sich auf nichts mehr verlassen kann“, sagte sie. Beispielsweise habe der Bundeskanzler sich durch den Beschluss, die Tabaksteuer zu erhöhen, in seinen bisherigen Aussagen, nach denen er Steuererhöhungen als schädlich in der aktuellen Wirtschaftslage bezeichnete, selbst widersprochen. So wisse man nie, woran man bei dieser Regierung sei.

Neuer Landesvorstand gewählt

Die saarländische CDU hat auf ihrem Landesparteitag in Dillingen die Weichen für das Superwahljahr 2004 mit Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen gestellt.

Im Mittelpunkt des Parteitages standen die Wahlen zum Landesvorstand. Mit der überwältigenden Mehrheit von 99,5 % der Stimmen wurde der saarländische Ministerpräsident Peter Müller in seinem Amt als Landesvorsitzender bestätigt. Vor dem Hintergrund des saarländischen „Superwahljahres“ stand erstmalig im Saarland die Wahl eines Generalsekretärs auf dem Programm. Mit 90,3 % der Stimmen wurde der parlamentarische Geschäftsführer der Landtagsfraktion in Saarbrücken, Stephan Toscani, gewählt.

Frisch gewählte stellvertretende Landesvorsitzende sind: Peter Jacoby, Annegret Kramp-Karrenbauer, Klaus Meiser, Daniela Schlegel-Friedrich. Das Amt des Landesschatzmeisters wurde Werner Ehrlich anvertraut.

In seiner Parteitagrede forderte Peter Müller eine „große Koalition der Veränderungsbereitschaft“ in Deutschland. Sowohl Gewerkschaften als auch Arbeitgeber müssten ihre Schüt-



Foto: HONK

Peter Müller im Gespräch mit dem neuen Generalsekretär Stephan Toscani

zengraben verlassen. Den Gewerkschaften warf Peter Müller vor, Besitzstände zu verteidigen und zu wenig die Interessen der Arbeitslosen zu vertreten. Von den Unternehmern verlangte er, mit dem Sparen bei sich selbst zu beginnen. Das Mitglied des Präsidiums der CDU Deutschlands verlangte eine stärker wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik: „Sozial ist, was neue Arbeit schafft, und ohne Wachstum ist alles nichts“. Der Bundesregierung warf er wegen angekündigter neuer Beitrags- und Steuererhöhungen einen Offenbarungseid vor. Der neue und alte Landesvorsitzende forderte eine Steuerreform, die niedrigere Steuersätze mit Verbreiterung der Bemessungsgrundlage verbinde und lehnte Steuererhöhungen ab.

Die rund 400 Delegierten sprachen sich mit großer Mehrheit dafür aus, das repräsentative System durch Elemente direkter Demokratie zu ergänzen. Die Bürger sollten bei Unterstützung durch zwei Prozent der Wahlberechtigten Gesetzentwürfe und Anträge in den Bundestag einbringen dürfen. Bei Volksbegehren sollte die Hürde bei fünf Prozent liegen. Würde der Bundestag den Antrag ablehnen, käme es zum Volksentscheid. Nach Auffassung des saarländischen Landesverbandes sollten lediglich die Grundrechte und „andere elementare Bestandteile des Grundgesetzes“, Wahlangelegenheiten sowie Finanz-, Steuer- und Besoldungsregelungen von den neuen Mitwirkungsrechten ausgenommen bleiben.

DIETRICH AUSTERMANN:

Kanzler muss Eichel entlassen



Zum Offenbarungseid des Bundesfinanzministers erklärte der haushaltspolitische Sprecher:

Mit der Steuerschätzung ist die Zeit der Ausflüchte für den Bundesfinanzminister endgültig vorbei. Jetzt muss ein ehrlicher Kassensturz her, am besten mit einem neuen Finanzminister. Eichel hat den letzten Rest an Reputation und Glaubwürdigkeit verspielt: Das Maastricht-Kriterium wird in 2003 erneut verletzt, der Haushalt ist wieder verfassungswidrig, die Absenkung der Neuverschuldung wird auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben. Eichel hat keine glaubwürdige Perspektive mehr für die Haushaltspolitik. Selbst die drastische Erhöhung der Tabaksteuer konnte der für Steuern zuständige Ressortchef nicht verhindern. Ein Minister, der seinen Laden

nicht im Griff hat, der sich im Kollegenkreis nicht durchsetzen kann, dessen Rückhalt beim Regierungschef derart gesunken ist und der trotzdem nicht seinen Hut nimmt, muss notfalls zum Amtsverzicht gezwungen werden. Dazu fordert die Union den Bundeskanzler auf.

Die Risiken im Bundeshaushalt summieren sich auf knapp 20 Mrd. €:

■ 2 Mrd. € Einnahmen fehlen aus dem Steueramnestiegesetz. Das Vorhaben wird möglicherweise auf dem SPD-Sonderparteitag ganz gekippt. In jedem Fall werden daraus in diesem Jahr keine Einnahmen resultieren.

■ 4 – 5 Mrd. € Mindereinnahmen laut Steuerschätzung, davon etwa 3 bis 4 Mrd. aufgrund des schwächeren Wirtschaftswachstums sowie gut 1 Mrd. € aus dem im Vermittlungsausschuss in seinen wesentlichen Teilen gescheiterten Steuervergünstigungsabbaugesetz.

■ Bis zu 10 Mrd. € Zuschuss an die Bundesanstalt für Arbeit erforderlich. Im vergangenen Jahr hat der Zuschuss zur BA bereits 5,6 Mrd. € betragen. In diesem Jahr bewegt sich die Arbeitslosigkeit auf einem um 400.000 Arbeitslose deutlich höheren Niveau. Das

bedeutet Mehrbelastungen für die BA von rund 6 Mrd. €, die durch Kürzungen im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nur zum Teil kompensiert werden können.

■ Mindestens 2 Mrd. € Mehrausgaben bei der Arbeitslosenhilfe erforderlich. Die Aufwendungen im ersten Quartal lagen um 15 Prozent über den Ausgaben des Vorjahres.

Die drohende Rekordverschuldung ist Ausdruck für die fortdauernde Krise unserer Volkswirtschaft. Es ist höchste Zeit zu handeln und mit dem Diskutieren aufzuhören. Wir brauchen endlich ökonomische Rahmenbedingungen, unter denen sich Leistung wieder lohnt, investiert wird und sich Wachstum einstellt. Der Arbeitsmarkt muss entschieden flexibilisiert werden. Die sozialen Sicherungssysteme müssen so ausgestaltet werden, dass es sich lohnt, einer Beschäftigung nachzugehen, anstatt staatliche Transfers zu beziehen. Die Lohnnebenkosten müssen gesenkt werden. Im Etat muss von konsumtiven zu investiven Ausgaben umgeschichtet werden und es muss mit dem Sparen wirklich ernst gemacht werden. Neue Subventionen müssen unterblei-

ben. EU-Rückflüsse sind in den strukturschwachen Regionen einzusetzen. Der überschießende Bundesbankgewinn sollte für Investitionen genutzt werden. Der Wust an Förderprogrammen ist auf das wirklich notwendige und ökonomisch sinnvolle Maß zu begrenzen, Mitnahmeeffekte sind zu verhindern. Planungs- und Genehmigungsverfahren müssen umgehend verkürzt werden.

MICHAEL MEISTER:

Richtige Therapie gefragt



Anlässlich der gescheiterten Sparpolitik von Hans Eichel erklärte der finanzpolitische Sprecher:

Acht Monate nach der Bundestagswahl legt Bundesfinanzminister Eichel endlich den wahren Sachverhalt auf den Tisch: 2003 sind Steuerausfälle in zweifacher Milliardenhöhe und Mehrausgaben für den Arbeitsmarkt in Höhe von 7–8 Mrd.

Euro zu erwarten, die Neuverschuldung wird um einen zweistelligen Milliardenbetrag steigen, ein ausgeglichener Haushalt ist bis 2006 nicht mehr zu schaffen und das 3%-Defizitkriterium des europäischen Stabilitätspakts wird zum zweiten Mal überschritten. Damit steht fest, was die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schon vor der Bundestagswahl befürchtet hat: Die Staatsfinanzen sind in einem desolaten Zustand, eine Konsolidierung findet nicht statt. Nur auf der Basis richtiger Annahmen lassen sich solide Lösungen entwickeln. Rot-Grün wird deshalb als erstes die im Jahreswirtschaftsbericht nach unten korrigierte Wachstumsprognose von 0,75%, die von keinem der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigt wurde, erneut nach unten anpassen müssen.

Nachdem die richtige Diagnose gestellt ist, muss nun auch die richtige Therapie folgen. Die Bundesregierung muss sich den ungelösten Strukturproblemen auf dem Arbeitsmarkt, in den sozialen Sicherungssystemen, im Steuersystem und in den Haushalten der Gebietskörperschaften sowie der Überregulierung in der Wirtschaft stellen. Nur wenn die Strukturprobleme gelöst werden,

kann die Abwärtsspirale, in der sich die deutsche Volkswirtschaft befindet, aufgehalten werden. Dazu muss ein Gesamtkonzept erstellt und auch konsequent umgesetzt werden. Dabei ist auf Steuererhöhungen zu verzichten, um Investitionen und Arbeitsplätze nicht zu gefährden. Nur so kann das Vertrauen und die Planungssicherheit von Konsumenten und Investoren gestärkt werden und die Konjunktur wieder anspringen

PETER ALTMEIER:

Wer einmal lügt



Zur Ablehnung eines Rücktritts von Finanzminister Hans Eichel durch Bundeskanzler Gerhard Schröder erklärte der Fraktionsobmann im Lügen-Untersuchungsausschuss:

Das krampfhafteste Festhalten von Bundeskanzler Gerhard Schröder an seinem Finanzminister ist ein schwerer Fehler. Hans Eichel hat die Öffentlichkeit und das Parla-

ment vor der letzten Bundestagswahl schamlos getäuscht und belogen. Der „Lügenreisenschuss“ hat in den vergangenen Monaten aufgedeckt, dass Hans Eichel rund acht Wochen vor der Wahl von seinen Beamten in allen Einzelheiten über die drohende Haushaltskatastrophe und das Verfehlen des Maastricht-Kriteriums unterrichtet worden war. Gleichwohl hat er gegenüber den Wählerinnen und Wählern bis zum Wahltag das Gegenteil behauptet. Vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen hat er dann erneut die Öffentlichkeit durch schön gefärbte Prognosen und Annahmen getäuscht. Auch dieses Lügegebäude ist nun zusammengebrochen.

Der Bundesfinanzminister hat inzwischen jedwede Autorität und Glaubwürdigkeit verloren. Für die notwendigen Umstrukturierungen und Sparmaßnahmen ist er der falsche Mann, weil er weder über die notwendige Autorität gegenüber den eigenen Parteifreunden und Kabinettskollegen noch über irgendeinen Rest von Glaubwürdigkeit in der Öffentlichkeit verfügt. Seine Entlassung wäre ein wichtiges Signal für die Bereitschaft der Bundesregierung, sich von der Politik der Wählertäuschung zu verabschieden und

den Menschen reinen Wein über die tatsächliche Lage des Landes einzuschenken.

MARIA EICHHORN:

Familienleistungen bei Reformen berücksichtigen



Zu den Ergebnissen des Gesprächs zwischen der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit Familienverbänden zu den Themen „Betreuung, Bildung und Erziehung“ erklärte die familienpolitische Sprecherin:

Alle Gesprächsteilnehmer waren sich einig, dass der Ausbau vielfältiger und bedarfsgerechter Betreuungsangebote ein wichtiger Beitrag für die Förderung der frühkindlichen Erziehung sowie zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist. Erforderlich ist eine Gesamtstrategie, die die Bereiche Erziehung und Bildung stärker verzahnt. Vorrangig

muss dazu ein Bildungskonzept bis zum zehnten Lebensjahr entwickelt werden, das gemeinsam von allen Verantwortlichen – Eltern, Fachkräften, Trägern der Einrichtungen und Politik – erarbeitet, umgesetzt und verantwortet wird.

Die finanzielle Situation von Familien mit mehreren Kindern macht deutlich, dass es notwendig ist, das Familiengeld gleichberechtigt neben dem angestrebten Ausbau von Ganztagschulen und einer besseren Betreuung von Kleinkindern einzuführen.

Die CDU/CSU-Fraktion wird daher die drei Säulen ihrer Familienoffensive

- Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit,
- Finanzielle Gerechtigkeit für Familien und
- Stärkung der Erziehungskompetenz in dieser Legislaturperiode weiter entwickeln und entsprechende Konzepte vorlegen.

Die anstehenden Reformen zur Rentenversicherung sowie die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Pflegeversicherung sollten nach Meinung der Verbandsvertreter sowie der Abgeordneten der Arbeitsgruppe genutzt werden, um die von den Familien erbrachten Leistungen angemessen zu berücksichtigen.

Das „C“ gehört zur Identität der Union

Glaube, Religiosität, das Verhältnis von Kirche und Staat sowie die Wertüberzeugungen der Menschen sind entscheidende Grundlagen von Politik. Wie diese Faktoren die Politik beeinflussen, wird in der aktuellsten Studie „Religion – Politik – Gesellschaft“ der Konrad-Adenauer-Stiftung analysiert.

Danach fand das Meinungsforschungsinstitut infratest-dimap heraus, dass der Anspruch des Christlichen im Namen der Union in der Bevölkerung mehrheitlich (60 Prozent) akzeptiert wird. 71 Prozent halten das „C“ nicht für einen Missbrauch. Das „C“ gehört somit zur Identität der Union. Eine Diskussion darüber lehnt auch der kirchenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kues, ab. „Das C – wenn man es als Auftrag für eine wertorientierte Politik begreift – ist eine Riesenchance“, sagte er in einem Interview mit der Berliner Zeitung.

Die Anhänger der CDU bezeichnen sich laut Umfrage mehrheitlich (51 Prozent) als religiös, wohingegen der entsprechende Anteil bei den SPD-Anhängern bei nur 38 Prozent liegt. Mehr

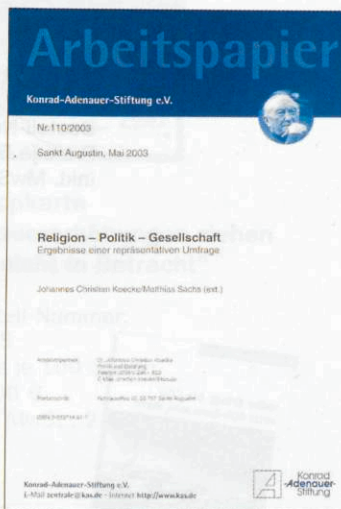
Unionsanhänger teilen demnach das christliche Menschenbild als SPD-Anhänger.

Es wurde zudem festgestellt, dass christliche Werte in der Politik eine wichtige Rolle spielen sollten. 44 Prozent möchten, dass der Einfluss christlicher Wertvorstellungen gleich bleibt, und sogar 33 Prozent sind der Ansicht, dass dieser Einfluss zunehmen sollte. Trotz leichter Unterschiede hält sich diese Verteilung in allen Befragten-Gruppen. Allerdings bedeutet dies nicht automatisch eine Nähe zur Kirche: 62 Prozent sind der Meinung, dass die Kirchen nicht versuchen sollten, Entscheidungen der Regierenden zu beeinflussen. Hermann Kues machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass sich die christlichen Werte und Positionen der Kirchen nicht eins zu eins in politische Lösungen umsetzen ließen. „Politik ist immer auch ein Abwägungsprozess“, sagte er.

Die Umfrage ergab zudem, dass es keine generellen Unterschiede zwischen Ost und West gibt. Die Unterschiede zeigen sich immer

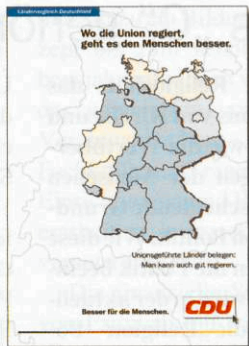
dann, wenn nach Christlichem expressis verbis gefragt wird. Dann sind die Zustimmungswerte, wie z.B. zu Glaubensinhalten, im Osten durchschnittliche 25 Prozentpunkte niedriger als im Westen.

Festzuhalten bleibt aber, dass sowohl im Osten, als auch im Westen, bei jungen wie bei älteren Menschen eine werterebezogene Politik stark bevorzugt wird. Außerdem fand infratest-dimap heraus, dass eine Mehrheit von 56 Prozent der Bevölkerung den Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes, wie er jetzt auch für die künftige Europa-Verfassung diskutiert wird, als richtig empfindet.



Faltplan Ländervergleich

Bestell-Nummer: **2865**
Preis je **50 Stück: 15,25 €**
inkl. MwSt.: 16,32 €



„Voller Erfolg: Die CDU setzt 400-Euro-Jobs durch.“

Bestell-Nummer: **2016**
Preis je **100 Stück: 16,50 €**
inkl. MwSt.: 17,66 €

Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm
Bestell-Nummer: **8196**
Preis je **250 Stück: 20,20 €**
inkl. MwSt.: 23,43 €

Danke
für Ihr Vertrauen



Klappkarte
„Steuererhöhungen ziehen
wir nicht in Betracht“

Bestell-Nummer:
9985
Preis je **100 Stück:**
20,00 €
inkl. MwSt.: 21,40 €

Plakat
„Steuererhöhungen ziehen wir
nicht in Betracht“

DIN A1
Bestell-Nummer: **7987**
Preis je
50 Stück: 25,00 €
inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0
Bestell-Nummer: **7988**
Preis je
50 Stück: 37,50 €
inkl. MwSt.: 43,50 €



Parkscheibe
„Mit uns fährt man besser“

Bestell-Nummer: **9814**
Preis je **100 Stück: 28,63 €**
inkl. MwSt.: 33,21 €



Straßenatlas Deutschland
mit Durchfahrtsplänen der
Ballungszentren

Bestell-Nummer: **9260**
Preis je **10 Stück: 15,00 €**
inkl. MwSt.: 17,40 €



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Aktionszeitung
Besser für die Menschen. CDU



Neuer Gründergeist für Deutschland
Interview mit Angela Merkel
Seite 2

SPD im Streit –
ohne Rücksicht auf Deutschland
Seite 3

Hessen und Niedersachsen
nach den Wahlen
Seite 4

Power-Frauen in der CDU
„Kein Tag ist wie der andere“
Seite 4

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162.33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Neue Aktionszeitung

Ab sofort bieten wir Ihnen für Ihre Veranstaltungen wieder eine Aktionszeitung an. Das 4-seitige Blatt ist abwechslungsreich mit vielen Bildern gestaltet und greift aktuelle Themen der Politik in Deutschland auf.

Aus dem Inhalt: ■ Versprochen – Gehalten! Union stoppt noch höhere Steuern ■ Wir brauchen einen neuen Gründergeist: Interview mit Angela Merkel ■ Ohne Rücksicht auf Deutschland: Die SPD im Streit ■ Jeder weitere Tag Rot-Grün ist ein verlorener Tag: Statement von Laurenz Meyer ■ CDU – Partei der Zukunft: Neues aus der Kommission Bürgerpartei ■ Nach den Landtagswahlen: Bildung als Top-Thema in Hessen und Niedersachsen ■ Powerfrauen in der Bremer CDU: Mit den Kandidatinnen im Wahlkampf

**Bitte bestellen Sie beim
IS Versandzentrum.**

Bestell-Nummer: **1013**
Preis je **100 Stück 15,50 €**
inkl Mwst **16,59 €**